

## 50 Jahre Élysée-Vertrag

„ERBFEINDSCHAFT – FREUNDSCHAFT – KONFÖDERATIVE STRUKTUREN“

*Es gilt das gesprochene Wort!*

Konrad Adenauer ist bis in unsere Tage immer noch der beliebteste Bundeskanzler in der Geschichte der Bundesrepublik. Der wunderbare Film über ihn hat dies im vergangenen Jahr erneut bestätigt. Wer über Adenauers Regierungszeit nachdenkt, stößt auf eine revolutionäre Zeit in der der Satz galt: „Es musste alles neu gemacht werden.“ (1) Die damalige Umbruchzeit war geprägt von der Verabschiedung des Grundgesetzes, der Währungsreform, dem Wiederaufbau und dem Wirtschaftswunder, dem Aufbau der Sozialen Marktwirtschaft, der Aufnahme in die Gemeinschaft der freien Völker des Westens, der Rückkehr der Kriegsgefangenen aus Sowjet-Russland, dem Kalten Krieg und dem Bau der Berliner Mauer, der Aussöhnung mit dem Staat Israel und der Überwindung der Erbfeindschaft mit Frankreich sowie dem Beginn der Europäischen Einigung. Sie waren und sind Stationen eines radikalen Neuanfangs nach Nazi-Barbarei, Holocaust und der totalen Niederlage im Zweiten Weltkrieg.

Erstaunlich ist, dass diese unvergleichbare Erfolgsgeschichte unter Konrad Adenauer bis heute bestritten und bekämpft wird.

Wer etwa im Buch von Herfried Münkler über „Die Deutschen und ihre Mythen“ (2) liest, dass nur das Wirtschaftswunder und die Währungsreform ein Mythos sind und als „Ergänzungsmythos“ es das „Wunder von Bern“ (3) gibt, wundert sich schon sehr.

Konrad Adenauer kommt in dieser Gründungsbetrachtung der Bundesrepublik nur im Kontext der Rezession von 1950/51 mit folgendem Satz vor: „Die Spannungen zwi-

schen Kanzler Adenauer und Wirtschaftsminister Erhard verschärfen sich, da Adenauer eher auf kurzfristige Erfolge bedacht war und höhere Arbeitslosenzahlen fürchtete, wobei es Erhard langfristig um einen ordnungspolitischen Rahmen ging, der das freie Spiel der Marktkräfte ermöglichen sollte.“ (4)

Neben Mythen gibt es aber bei Adenauer bis heute aber auch noch Legenden, an denen weiterhin gearbeitet wird. Zu diesen Legenden gehören falsche Behauptungen wie diejenige, dass Adenauer ein Störenfried beim Aufbau einer echten marktwirtschaftlichen Ordnung war. Adenauer war in Wahrheit aber ein überzeugter Anhänger der Sozialen Marktwirtschaft. Kaum jemand weiß heute noch, dass er schon 1946 in der Kölner Universitätsrede den heute noch populären Satz geprägt hat: „Die Wirtschaft soll dem Menschen dienen, nicht der Mensch der Wirtschaft. Unsere grundsätzliche Auffassung verbietet es uns, als Sinn der Wirtschaft nur das ungehemmte Gewinnstreben des Einzelnen zu sehen.“ (5) Eine andere Legende ist, dass er sich vorrangig auf NS-belastete Mitarbeiter gestützt hat. Auch die Behauptung, Adenauer sei gegen die Wiedervereinigung gewesen, ist eine politische Kampfthese. Wegen seiner Westpolitik wurde er damals als „Spalter“ der Nation bezeichnet. (6)

II.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat im vergangenen Jahr ein kleines Buch herausgegeben, das sich unter der Überschrift „Kanzler der Einheit“ mit Bismarck, Adenauer und Kohl befasst. (7) Nun gibt es einen Unterschied zwischen diesen Kanzlern, der offen-

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

PETERSBERG

DR. JÜRGEN RÜTTGERS

5. Januar 2013

www.kas.de

sichtlich ist. Bismarck und Kohl haben die Wiedervereinigung in ihrer Amtszeit erleben dürfen. Das gilt für Adenauer nicht. Aber damit hatte der „Alte“ sicher keine Probleme. Das zeigt eine kleine Begebenheit, die uns Botschafter Dieckmann bei seiner Verabschiedung am 12. September 2012 erzählte: „Als Churchill Adenauer ob dieses Aufstiegs (gemeint ist, dass Deutschland seinen Platz in der zivilisierten Völkergemeinschaft gefunden hatte) das Kompliment machte, er sei der größte deutsche Staatsmann seit Bismarck, bemerkte Adenauer trocken, dass dazu nicht viel gehöre.“ (8)

Auch in der Einheits-Politik war er ein „außenpolitischer Revolutionär“, wie Christian Hacke sagt. (9) Frank Becker beschreibt seine Außenpolitik wie folgt: „Er unterschied zwischen einer „richtigen“ und einer „falschen“ Einheit Deutschlands. Richtig und mithin erstrebenswert war die Einheit dann, wenn sie sich mit Freiheit und Demokratie verband. Dies war nur im Westen durchsetzbar. Der freiheitlich-demokratische Teil des Landes musste sich also in den Westen integrieren [...]. Adenauer wollte für die Einheit [...] nicht den Preis des Verlusts der Freiheit für alle Deutschen bezahlen.“ (10)

Und weil Adenauer und nach ihm Helmut Kohl unbeirrt an dieser neuen, sich von jedweder früheren deutschen Außenpolitik unterscheidenden Politik festhielt, konnten wir 1989/90 die Wiedervereinigung in Freiheit erleben. Und dies mit Zustimmung aller unserer Nachbarn, weil für beide Kanzler klar war, dass die Wiedervereinigung nur als Teil der europäischen Einheit möglich war und ist. Konrad Adenauer brach radikal mit einer ausschließlich national bezogenen Außenpolitik und beendete die zwischen Ost und West schwankende Selbstverortung Deutschlands in Europa.

Schon am 11. Juni 1961, also noch vor dem Bau der Berliner Mauer, hatte Adenauer sein Ziel wie folgt zusammengefasst: „Unser Ziel ist es, dafür zu arbeiten, dass die Gegensätze der Nationalstaaten in Europa im Laufe der Zeit verschwinden. Das gilt auch für die europäischen Länder, die jetzt dem Ostblock angehören. Unser Ziel ist, dass Europa ein-

mal ein großes, gemeinsames Haus für alle Europäer wird, ein Haus der Freiheit.“ (11)

III.

Der Grundstein des gemeinsamen Hauses Europa ist die deutschfranzösische Freundschaft.

Können Sie sich, meine Damen und Herren an die Szene während der Verleihung des Friedensnobelpreises an die Europäische Union vor vier Wochen erinnern? Der Laudator Jagland rühmte die deutschfranzösische Aussöhnung, weil dadurch Europa, „sich aus einem Kontinent des Krieges zu einem des Friedens wandelte.“ Der kluge polnische Ministerpräsident Donald Tusk empfahl der Bundeskanzlerin und dem französischen Präsidenten mitten in den lang anhaltenden Applaus hinein sich zu erheben. Und so standen sie da und hielten sich bei der Hand.

Ein zentraler Meilenstein auf diesem Weg zur Vergebung und Versöhnung war der Elysée-Vertrag. Er wurde am 22. Januar 1963, also vor 50 Jahren, von Konrad Adenauer und Charles de Gaulle unterschrieben.

Zwischen Deutschen und Franzosen stand damals noch die Last der Vergangenheit. Im Laufe von Jahrhunderten waren aus Menschen gleicher Herkunft Feinde geworden. Seit dem 30-jährigen Krieg gab es das böse Wort von der „Erbfeindschaft“. Erst nach zwei Weltkriegen mit Millionen Gefallenen und grausam Ermordeten bestand die Chance zur Versöhnung. Aus der Erbfeindschaft konnte eine Erbfreundschaft werden.

Für Konrad Adenauer war schon vor dem Zweiten Weltkrieg klar, dass nur durch eine enge Zusammenarbeit vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet die Feindschaft überwunden werden konnte. Und so zögerte er nicht, dem Plan des französischen Außenministers Robert Schuman zuzustimmen, eine Montanunion zu schaffen, die dieser ihm vertraulich vorstellte. Die Montanunion sollte allen europäischen Staaten offenstehen.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

PETERSBERG

DR. JÜRGEN RÜTTGERS

5. Januar 2013

www.kas.de

Am 20. September 1951 kündigte Schuman einen Vorschlag an, über Montanunion und Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) hinaus eine supranationale Autorität zu schaffen. Die Folge war eine überaus kontroverse Diskussion, die darzulegen, den heutigen Rahmen sprengen würde. (12) Mitten in der politischen Krise um die EVG sollte mehr Integration die Lösung bringen, eine Vorstellung, die uns heute sehr aktuell erscheint. Karl Lamers hat jüngst dazu geschrieben: Europa „hat sich von Krise zu Krise weiterentwickelt. Krisen sind der natürliche Entwicklungsmodus geschichtlicher Großprojekte“. (13) Vieles war damals noch zu neu, vieles zu unklar. Die EVG scheiterte am 30. August 1954 in der französischen Nationalversammlung.

Konrad Adenauer zog aus dem Scheitern folgende Schlussfolgerung: „Beim Aufbau Europas muss schrittweise vorangegangen werden [...]. Zuerst ging man vielleicht zu schnell, dann wartete man zu lang. Auch die beste Butter wird ranzig, wenn man sie jahrelang aufhebt.“ (14) Und vielleicht ist gerade das heute unser Problem. Jedenfalls ist es ein Ratschlag an diejenigen, die glauben eine Vertagung im Europäischen Rat sei schon ein großer Erfolg.

Als Charles de Gaulle 1958 in die Regierung zurückkehrte, wollte er Adenauer sprechen. Der ließ sich aber lange bitten. Er hatte nicht vergessen, dass die Gaullisten wie die Sozialisten in Deutschland damals gegen die europäischen Verträge waren. Als der General Adenauer ganz privat nach Colombey-les-deux-Églises in sein Privathaus einlud, sagte er zu. Diese erste Begegnung im September 1958 war für manche ein Wunder – das „Wunder von Colombey“. Adenauer stand damals unter massivem Druck – innenpolitisch wie außenpolitisch. Sollte er sich de Gaulle widersetzen, der das „atlantische Europa“ durch ein „europäisches Europa“ ersetzen wollte. Damit wäre die deutschfranzösische Zusammenarbeit auf absehbare Zeit gescheitert gewesen. Oder sollte er versuchen, trotz unterschiedlicher Auffassungen über das supranationale Ordnungsprinzip Europas, über die Mitgliedschaft in der NATO und den Versuch de Gaulles zusammen mit der Sowjetunion das

Abkommen von Jalta zu überwinden, einen gemeinsamen Weg zu finden. Adenauer entschied sich für den zweiten Weg und verfolgte damit eine Politik der kleinen Schritte. (15)

Adenauer war jedenfalls von de Gaulles einfachem Lebensstil, von seiner Offenheit und den Gemeinsamkeiten im politischen Denken überrascht. Dieses Grundvertrauen bestätigte sich in den folgenden zehn Jahren der Zusammenarbeit und bei 16 Begegnungen. (16)

Als de Gaulle im September 1962 vor einer begeisterten Menschenmenge auf dem überfüllten Marktplatz von Bonn vom „großen deutschen Volk“ sprach, war das für viele Deutschen wie eine „Lossprechung“. (Hermann Kusterer)

Kein anderer als der General hätte sie aussprechen können. Nur er konnte Frankreich in diese nicht leichte Freundschaft mit den Deutschen führen. Und es ging nur mit Adenauer, den de Gaulle in einer Pressekonferenz schon am 16. März 1950 so beschrieb: Er verfolge schon seit 30 Jahren, also seit 1920, „avec intérêt et considération“ die Taten und Äußerungen Adenauers, dieses guten Deutschen, wie er hinzufügte. (17)

Nach Rückkehr von seinem triumphalen Staatsbesuch ging de Gaulle mit „unglaublicher Dynamik“ ans Werk. Nur zehn Tage später, am 19. September 1962 ging ein Vorschlag nach Bonn ab, der eine enge Zusammenarbeit in Außen-, Verteidigungs-, Wirtschafts- und Finanz- sowie Jugend- und Erziehungspolitik enthielt.

Die deutsche Antwort zog sich hin. Es musste eine Ressortabstimmung erfolgen und insbesondere die Kultusministerkonferenz beteiligt werden.

„Die deutsche Antwort kam erst [...], als wir begonnen hatten, die Geduld zu verlieren. Dafür war sie aber so, wie man sie sich nicht besser hätte wünschen können.“, schrieb Botschafter Seydoux. (18)

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

PETERSBERG

DR. JÜRGEN RÜTTGERS

5. Januar 2013

www.kas.de

Die letzten offenen Punkte wurden erst nach Ankunft der deutschen Delegation in Paris entschieden. Um statt einer Niederschrift, also einem Regierungsabkommen einen förmlichen Vertrag abschließen zu können, musste das französische, blau umrandete Papier auch für die deutsche Fassung genommen werden. Eine blaue Ledermappe ohne Bundesadler wurde in einer Pariser Boutique gekauft. Am 22. Januar 1963 wurde der Vertrag im Elysée-Palast unterschrieben.

Dem diplomatischen Prozess folgte ein schwieriges parlamentarisches Ratifikationsverfahren sowie eine massive öffentliche und interne Kritik, die letztlich Adenauers Sturz beschleunigte.

Es war von einem „überflüssigen Vertrag“ und einem „totgeborenen Kind“ die Rede. Alte Weggefährten (wie Blankenhorn) setzten sich von Adenauer ab. Von Kennedy kam ein verärgertes Brief. Die USA drohten auf diplomatischen Kanälen damit, Europa zu verlassen. Der britische Premier glaubte, Frankreich habe mit dem Vertrag die Hegemonie auf dem Kontinent übernommen.

Adenauer versuchte de Gaulle zu beruhigen und versprach eine schnelle Ratifikation bis Mai. Erhard warf dem Kanzler den Fehdehandschuh hin. Adenauer muss letztlich eine Präambel akzeptieren. Die CDU/CSU-Fraktion bestimmte Erhard zum Nachfolger Adenauers als Bundeskanzler. Zwei Tage später erfolgte die erste Lesung des Elysée-Vertrages im Bundestag. (19)

Rund ein Viertel Jahrhundert später wurde Deutschland wiedervereinigt in einem europäischen Rahmen mit Zustimmung aller seiner Nachbarn, anders als alle Gegner Adenauers vorhersagten.

Wie hieß es doch im „Präambelsatz“ der Gemeinsamen Erklärung: „In der Erkenntnis, dass die Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern einen unerlässlichen Schritt auf dem Weg zu dem vereinigten Europa bedeutet, welches das Ziel beider Völker ist“. (20) In einer europäischen Meistererzählung reichten sich damals Deutsche und Franzosen über den

Gräbern und Gräben der Vergangenheit die Hand. Wenn Deutschland und Frankreich einig vorangingen, kam auch Europa voran. Das gilt bis heute.

IV.

Durch den Elysée-Vertrag ist ein Netz von staatlichen und privaten Beziehungen entstanden, das einmalig ist. Zwischen den beiden Ländern gibt es eine permanente Zusammenarbeit und häufige Konsultationen. Es gibt eine institutionelle Zusammenarbeit der Parlamente. In den Ministerien gibt es Kontaktbeamte. Minister nehmen an den Kabinetts-Sitzungen teil.

Der Bereich der deutsch-französischen Institutionen ist kaum zu überblicken. Es gibt über 250 bilaterale Gesellschaften. Auch in der Wirtschaft gibt es vielfältige Verflechtungen. 2200 Städtepartnerschaften gehören zur gelebten Wirklichkeit. Viele bilaterale Einrichtungen sind später europäisiert worden. 200.000 junge Menschen nehmen derzeit jährlich an den Programmen des deutsch-französischen Jugendwerks teil, seit der Gründung insgesamt acht Millionen.

Aber es ist in diesem Jubiläumsjahr nicht alles eitel Sonnenschein.

Es gibt so etwas wie die „Illusion der Nähe“. „Pragmatismus und gesundes Misstrauen zwischen Berlin und Paris beherrschen die Szene [...], ohne dabei zu berücksichtigen, dass Deutschland und Frankreich in zwei völlig unterschiedlichen Systemen leben, die trotz der Nachbarschaft für den anderen auch heute noch ein Buch mit sieben Siegeln zu sein scheinen“, hat der ehemalige deutsche Botschafter Joachim Bitterlich in einer Rede gesagt. (21)

Viele Städtepartnerschaften sind nicht mehr aktiv. Für junge Leute ist es spannender in Australien zu studieren statt in Frankreich. Der Binnenmarkt ist nicht vollendet. Es gibt keine gemeinsame Verkehrspolitik. Die Bahnnetze sind nicht offen. Die Energienetze sind nicht kompatibel, weil Übergabepunkte nicht ausgebaut sind. Schlimmer noch: Da steigt die Zahl der Armutsflüchtlinge aus Afrika und schon denken die In-

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

PETERSBERG

DR. JÜRGEN RÜTTGERS

5. Januar 2013

[www.kas.de](http://www.kas.de)

nenminister darüber nach, die offenen Grenzen aufzugeben und innereuropäische Grenzkontrollen einzurichten.

Es ist halt eine trügerische Annahme, Partnerschaft und Freundschaft sei eine Selbstverständlichkeit. Wie jede Beziehung muss sie immer wieder mit neuem Leben erfüllt, gepflegt und weiterentwickelt werden.

Ohne die deutsch-französische Freundschaft und ihr gemeinsames Handeln in und für das Vereinte Europa wird das bisher Erreichte gefährdet. Ohne die deutsch-französische Freundschaft und das gemeinsame Handeln wird es nicht gelingen die Finanzkrise, die Verschuldungskrise, die Euro-Krise zu bewältigen. Aus der Euro-Union wird mehr und mehr eine Euro-Desunion (Zwietracht).

Die Lage ist schwierig.

Die Europäische Kommission versucht verzweifelt sich gegenüber dem Rat zu behaupten statt eine Politik des industriellen Aufbaus und des wirtschaftlichen Wachstums gerade in den Krisenländern voran zu bringen.

Im Europäischen Rat versucht jedes Land wie weiland in den immerwährenden Fürstentumskonferenzen eigene Interessen durchzusetzen.

Das Europäische Parlament nimmt seine Rolle als gestaltende, Europa vereine und demokratisch legitimierte Institution nicht in der notwendigen Form wahr.

Früher gab es immer wieder Staatsmänner für die die Gemeinsamkeit in Europa Voraussetzung für das Wohlergehen aller war. Heute scheint es einen Prozess der Renationalisierung zu geben, der den belohnt, der wenig solidarisch ist.

Damals vor fünfzig Jahren gab es Adenauer und de Gaulle. Das Bild der Staatsmänner beim Hochamt in der Kathedrale von Reims gehört zu den Bildikonen der europäischen Geschichte.

Giscard d'Estaing und Helmut Schmidt legten die Grundlagen für eine gemeinsame europäische Währung. Helmut Kohl und François Mitterrand reichten sich über den Gräbern der Schlachtfelder in Verdun die Hände.

Vielleicht wird das Bild von Angela Merkel und François Hollande bei der Verleihung des Friedensnobelpreises an die Europäische Union eine solche Bildikone werden.

V.

Ich bin fest davon überzeugt, dass Europa jetzt neue Impulse braucht.

Sonst wird aus der Euro-Desunion eine neue Euro-Sklerose.

Es gehört zur Dialektik des europäischen Einigungsprozesses, dass neben der Renationalisierung der europäischen auch eine Europäisierung der nationalen Politik stattfindet, der sich auch euroskeptische Institutionen wie das Bundesverfassungsgericht oder die Bundesbank nicht entziehen können.

Diese Gleichzeitigkeit nationaler und europäischer Entwicklungen führt dazu, dass eine alte Frage auf die europäische Tagesordnung zurückgekehrt ist. Das alte Problem deutscher und europäischer Politik, das in dem Satz beschrieben wird, „zu groß für Europa, aber zu klein für die Welt“ bedarf einer neuen Antwort. Der Versuch, Deutschland durch die Einführung des Euro und die „2 plus 4-Verhandlungen“ in die europäische Architektur auf Dauer einzubeziehen, trägt nicht mehr.

Bei einem Gespräch mit dem einflussreichen demokratischen Abgeordneten Barney Frank im vorigen Jahr in Washington über Bankenregulierung und Eurokrise forderte dieser plötzlich: „Deutschland muss die militärische Führung in Europa übernehmen. Die USA kann nicht länger die Sicherheit Europas bezahlen. Wir müssen sparen.“ Meine spontane Reaktion: „Vergessen Sie das. Reden sie mit Frankreich.“, beantwortete er mit dem Satz: „Die haben nicht genügend Geld.“ Was lehrt uns diese Geschichte? Deutschland wird sich solchen Fragen eben-

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

PETERSBERG

DR. JÜRGEN RÜTTGERS

5. Januar 2013

www.kas.de

so nicht entziehen können wie Frankreich den ökonomischen Problemen.

Wir müssen also eine gemeinsame Antwort suchen und finden. Das „zu groß für Europa, zu klein für die Welt“ gilt – und das ist neu – nicht nur für Deutschland, sondern auch für Frankreich und ebenso für Großbritannien. Deutschland darf und kann nicht den Versuch machen, zu bestimmen, was in Europa geht. Frankreich wird die außen- und sicherheitspolitische Führung nicht alleine übernehmen können. Die Außenpolitik für Europa bedarf nicht nur nationaler sondern europäischer Antworten. Dies gilt umso mehr, als auch besondere Beziehungen zu den Vereinigten Staaten durch deren stärkeres Engagement im pazifischen Raum nicht einfacher werden. Europäische Außenpolitik heißt deshalb auch immer transatlantische Politik.

Weil Frankreich und Deutschland dabei voran gehen müssen, liegt es eigentlich nahe, jetzt gemeinsam zu handeln.

Aus Frankreich kam die Idee, den 50. Jahrestag des Elysée-Vertrages zu nutzen, den Vertrag fortzuschreiben.

Die Deutschen sollten den Vorschlag nicht einfach beiseitelegen. Wir sollten darüber nachdenken, ob es möglich ist, die Gemeinschaft des Vertrages zu einer Gemeinschaft mit „konföderativen Strukturen“ fortzuentwickeln.

Die Väter Europas waren schon einmal dazu bereit, Deutschland und Frankreich – wo immer möglich – zu integrieren. Die Zeiten waren damals nicht so. Heute besteht nicht nur die Möglichkeit; heute ist es erforderlich. Elemente eines solchen Weges können eine stärkere Parlamentarisierung der Zusammenarbeit sein, der Ausbau einer gemeinsamen Infrastruktur im Bahn-, Energie- und Luftfahrtbereich. Notwendig ist die generelle Anerkennung der Schul-, Berufs- und Hochschulabschlüsse. Gut wäre eine Zusammenarbeit, gar Zusammenlegung von Einrichtungen im außenpolitischen Bereich, die diesen Namen verdient. Die Gründung eines deutsch-französischen Forschungsrates sowie eine intensivere Zusammenarbeit

in der Wirtschaftspolitik und den Wirtschaftswissenschaften sind wichtig, um eine europäische Soziale Marktwirtschaft zu entwickeln, die die Erfahrungen und Interessen der beiden Länder zu einer gemeinsamen Ordnungspolitik vereint.

Alle Projekte sollten offen für die anderen europäischen Länder sein. Das gilt vor allem für Polen, das ja Mitglied des Weimarer Dreiecks ist. Auch auf das Wissen der kleineren Länder können wir nicht verzichten. (22)

Deutschland und Frankreich haben eine große Verantwortung für die Zukunft der Europäischen Union. Natürlich werden Fragen der institutionellen Weiterentwicklung in beiden Ländern zunächst unterschiedlich beurteilt. Ich habe selbst noch im vergangenen Jahr erlebt, wie oft Administrationen auf alte Denkmuster und Akten aus längst vergangenen Zeiten zurückgreifen, die man zu nationalen Interessen hochstilisiert. Neue Fragen erfordern aber neue Antworten. Es reicht auch nicht nur miteinander in Gremien zu reden. Man muss auch handeln.

Vor über 60 Jahren hat Konrad Adenauer eine „Union“ zwischen Deutschland und Frankreich vorgeschlagen. (23) Da war er seiner Zeit weit voraus. Vieles hat sich seitdem verändert. Aber es ist Zeit, den nächsten Schritt zu tun. Das Wichtigste dazu ist – um mit Konrad Adenauer zu sprechen – der Mut.

#### Anmerkungen:

1. „Adenauer: Es mußte alles neu gemacht werden.“ Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1950-1953, bearb. von Günter Buchstab, Stuttgart 1986.
2. Vgl. Herfried Münkler: Die Deutschen und ihre Mythen, Berlin, 2. Aufl. 2009, S. 455-476.
3. Vgl. ebd., S. 467.
4. Ebd.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

**PETERSBERG**

DR. JÜRGEN RÜTTGERS

5. Januar 2013

[www.kas.de](http://www.kas.de)

5. Grundsatzrede des 1. Vorsitzenden der Christlich-Demokratischen Union für die Britische Zone in der Aula der Kölner Universität vom 24. März 1946, in: Konrad Adenauer, Reden 1917-1967. Eine Auswahl, hg. von Hans-Peter Schwarz, Stuttgart 1975, S. 82-106, hier S. 89.
6. Vgl. Frank Becker, Die Einigung Deutschlands in der Publizistik, in: Kanzler der Einheit. Bismarck – Adenauer – Kohl. Herausforderungen und Perspektiven, hg. von Hanns Jürgen Küsters/Ulrich Lappenküper, St. Augustin/Berlin 2012, S. 65-91, hier S. 78.
7. Kanzler der Einheit. Bismarck – Adenauer – Kohl. Herausforderungen und Perspektiven, hg. von Hanns Jürgen Küsters/Ulrich Lappenküper, St. Augustin/Berlin 2012.
8. Unveröffentlichtes Manuskript der Rede Botschafter a. D. Heinrich-Dietrich Dieckmanns anlässlich seiner Verabschiedung als Mitglied des Vorstandes der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus am
12. September 2012. Zum Nachweis des Zitats vgl. das Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit Premierminister Churchill in London, 15. Mai 1953, in: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1953, bearb. von Matthias Jaroach und Mechthild Lindemann, München 2001, Nr. 144, S. 429-437, hier S. 434
9. Vgl. Christian Hacke: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder, aktualisierte Neuausgabe Berlin 2004, S. 49-54.
10. Becker (wie Anm. 6), S. 79.
11. Vgl. das Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 106/61, S. 1022.
12. Vgl. dazu Hanns Jürgen Küsters, Zwischen Vormarsch und Schlaganfall – Das Projekt der Europäischen Politischen Gemeinschaft und die Haltung der Bundesrepublik Deutschland (1951-1954), in: Die Europäische Integration vom Schumann-Plan bis zu den Verträgen von Rom, hg. von Gilbert Trausch, Baden-Baden 1993, S. 259ff.
13. Karl Lamers, Europa – die Antwort der Europäer auf die Globalisierung, in: Der fröhliche Sisyphos. Für Wolfgang Schäuble, hg. von Nils Ole Oermann u. a., Freiburg i. Br. 2005, S. 113-135, hier S. 126.
14. Zit. nach Küsters (wie Anm. 12), S. 291f.
15. Vgl. Per Fischer, Der diplomatische Prozeß der Entstehung des Deutsch-Französischen Vertrages von 1963, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 41 (1993), S. 101-117.
16. Vgl. ebd., S. 104.
17. Zit. nach Arnulf Baring: Außenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie, München 1971, Bd. 1, S. 123, Anm. 22.
18. François Seydoux: Botschafter in Deutschland. Meine zweite Mission 1965-1970, Frankfurt a. M. 1978, S. 182.
19. Vgl. Hans-Peter Schwarz: Adenauer. Der Staatsmann: 1952-1967, Stuttgart 1991, S. 800ff.
20. Zit. nach Fischer (wie Anm. 15), S. 112.
21. Rede Joachim Bitterlichs bei der CDU Mainz-Gonsenheim vom 3. Oktober 2012, abrufbar unter: <http://www.cdu-gonsenheim.de> (7.1.2013). Zur Notwendigkeit der deutsch-französischen Kooperation im europäischen Rahmen vgl. Jürgen Rüttgers: Zeitenwende – Wendezeiten. Das Jahr-2000-Projekt: Die Wissensgesellschaft, Berlin 1999, S. 164.
22. Der ehemalige Botschafter Joachim Bitterlich hat in einer Rede zum 3. Oktober 2012 in Mainz (wie Anm. 21) folgende Themen für ein Kernprogramm vorgeschlagen: Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion einschließlich einer sinnvollen Abstimmung in der Sozialpolitik, Vollendung und Modernisierung des Binnenmarktes, Umsetzung einer abgestimmten Energiepolitik und Umweltschutz, gezielte Förderung

**Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.**

**PETERSBERG**

DR. JÜRGEN RÜTTGERS

5. Januar 2013

**www.kas.de**

von Industrie, Innovation und Forschung sowie Aus- und Weiterbildung, Gemeinsame Innen- und Sicherheitspolitik, Gemeinsame Außen-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik, Anpassung, Straffung der Organisationsstrukturen der EU.

23. Vgl. hierzu Hans-Peter Schwarz: Adenauer. Der Aufstieg 1876-1952, Stuttgart 1986, S. 700ff.

wird.